

Für ein humanitäres Bleiberecht !

Stoppt die Abschiebungen !

Demonstration am 15. März 2014 in Freiburg

* 14 Uhr * Johanneskirche

Im April 2013 haben mehr als 600 Menschen gegen die drohenden Abschiebungen von etwa 170 Personen, die mehrheitlich aus dem Balkan kommen, in Freiburg demonstriert. Die Aufenthaltssituation für die Betroffenen bleibt rechtlich aber nach wie vor prekär. Für etwa 500 Roma in Freiburg ist die „Abschiebung“ nur vorübergehend „ausgesetzt“. Von Mitte Dezember bis Ende Februar bestand ein sogenannter Winterabschiebestopp, zumindest für die meisten Familien mit Kindern.

Zurzeit verdichten sich jedoch die Hinweise, dass es ab März 2014 zu verstärkten Ausreiseaufforderungen und Abschiebungen kommen wird.

Forderungen an den Gemeinderat

Im Mai 2013 forderte das Freiburger Forum in einem Offenen Brief die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auf, sich öffentlich gegen die Abschiebungen zu erklären.

Stellvertretend für die Stadt Freiburg schickte OB Salomon am 22. Juli 2013 an Bund und Land einen Brief, der sich für „das Wohl des Kindes“ und für ein Aufenthaltsrecht bei „nachhaltiger Integration“ einsetzte. U.a. wird im Brief ausgeführt: "Die Stadt Freiburg leistet seit Jahren ihren Beitrag zur Integration der Roma. Am 10. Oktober 2012 wurde diese Engagement von der EU-Kommission mit der Verleihung des MERI-Preises (Mayors Making the most of EU-Funds for Roma Inclusion) für die vorbildliche Eingliederung von Roma-Flüchtlingen gewürdigt.

Die aktuell drohenden Abschiebungen von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien konterkarieren jedoch die jahrelangen zivilgesellschaftlichen und politischen Bemühungen in unserer Stadt".

Seit 2006 haben sich 370 Roma, trotz schwieriger Kriterien, einen sicheren Aufenthaltsstatus in Freiburg „erarbeitet“. Möglich war dies nur durch den gesetzlich garantierten gleichrangigen Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt. Grundlage war die "Altfallregelung" 2006. Ein Erfolg auch der Solidarität der Zivilgesellschaft und der Aktionen und Proteste zahlreicher Initiativen in Freiburg.

Die Regierungspräsidentin Nicolette Kressl aus Karlsruhe, zuständig für die zentrale Abschiebebehörde in BaWü, hat in einem Antwortbrief der Stadt Freiburg u.a. jedoch zu verstehen gegeben, „dass verzögerte Rückführungen von ausreisepflichtigen Minderheitenangehörigen Migrationsanreize setzen, die die Inklusionsbemühungen der Westbalkanstaaten konterkarieren würden. (...) Die Situation der Minderheit der Roma in den Westbalkanstaaten rechtfertigt nach der Bewertung des zuständigen Innenministeriums nicht die Anordnung eines Abschiebestopps nach § 60a Abs.1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG).“ Im August 2011 hatte man beim Innenministerium Baden-Württemberg noch eine andere Auffassung und stoppte die Abschiebung nach Serbien und den Kosovo bis zum Februar 2012.

Abkehr von einer Politik mit humanitären Ansätzen?

Die Stadt Freiburg hat am 16. Oktober 2012 nach einem OB-Hausgespräch beschlossen, ab sofort „keine neu Einreisenden Roma-Flüchtlinge“ mehr in der Stadt aufzunehmen, die direkt in Freiburg ankommen, ohne einen - praktisch aussichtslosen - Asylantrag zu stellen. Diese Flüchtlinge erhalten keine Leistungen vom Amt für Wohnraumversorgung (AWV) und vom Amt für Soziales und Senioren (ASS) mehr. Somit werden sie - auch wenn sie mittellos sind - als Touristen behandelt.

Verfolgungssituation auf dem Balkan

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats (ECRI) kommt zu dem Schluss, „dass Roma, als eine der schwächsten und am stärksten diskriminierten Bevölkerungsgruppen in Serbien mit vielfältigen Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung und Hass“ konfrontiert sind. Die Kommission stellt außerdem fest, dass Romafrauen am stärksten unter Diskriminierung leiden.“ Auch der frühere Menschenrechtskommissar Hammerberg schreibt in seinen Bericht 2011, dass „die meisten Roma in Serbien ... außerhalb des Beschäftigungssystems sind; im rechtlichen Sinn sind sie nicht wirtschaftlich aktiv und zumeist als Arbeitslose eingetragen.“ Er fügt hinzu, dass Roma, die in sogenannten informellen Siedlungen leben, oft bereits Schwierigkeiten haben, sich beim Arbeitsamt anzumelden.

Die serbische Minderheitenbeauftragte beklagt in jährlichen Berichten offene Diskriminierung und Gewalt gegen Roma. Wiederkehrend wurde aufgezeigt, dass Roma in Serbien unter struktureller Armut leiden, nicht in der Lage sind, ihre Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Gesundheits- und Sozialversorgung zu verwirklichen. Im Sommer 2013 besuchten ein internationale Delegation und ein Forschungsprojekt aus Freiburg Serbien und kamen übereinstimmend zu der Einschätzung, dass Roma in Serbien in verschiedenen Bereichen massiv ausgegrenzt werden: bei der Gesundheitsversorgung, der Bildung, dem Zugang zum Arbeitsmarkt und selbst bei der Existenzsicherung auf niedrigstem Niveau durch Müllverwertung.

Für ein humanitäres Bleiberecht Sozialrechtliche Diskriminierung als Fluchtgrund

Wir lehnen es ab, dass Menschen in Verhältnisse abgeschoben werden, in denen sie umfassender Diskriminierung unterliegen. Dies in Übereinstimmung mit dem UN-Flüchtlingswerk (UNHCR), das argumentiert, dass nicht nur unmittelbare Gefahren für Leib und Leben, sondern auch kumulative Diskriminierung einen berechtigten Fluchtgrund darstellt.

In den Richtlinien des UNHCR (HCR/GIP/02/01) heißt es:

„Während im Allgemeinen davon ausgegangen wird, dass ‚bloße‘ Diskriminierung in der Regel nicht als Verfolgung gelten kann, könnte eine systematisch betriebene Diskriminierung oder Benachteiligung in ihrer kumulativen Wirkung sehr wohl Verfolgung bedeuten und internationalen Schutz rechtfertigen. Verfolgung liegt etwa dann vor, wenn die Diskriminierungsmaßnahmen Konsequenzen mit sich bringen, welche die betroffene Person in hohem Maße benachteiligen, z. B. eine erhebliche Einschränkung des Rechts, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, des Rechts auf Religionsausübung oder des Zugangs zu verfügbaren Bildungseinrichtungen.“

Ebenfalls wurde durch eine Änderung des Asylverfahrensgesetzes klargestellt, dass auch eine Kumulierung unterschiedlicher Maßnahmen Verfolgung darstellen kann. Die Lebensrealitäten der Geflüchteten sind tatsächlich durch alltägliche Diskriminierung und den Antiziganismus der Mehrheitsgesellschaften bestimmt.

Was also sind flüchtlingsrelevante Diskriminierungen?

Zu den berechtigten Fluchtgründen müssen auch die Bedrohungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Lebenschancen zählen, die wesentlich für ein Leben in menschlicher Würde sind. Wenn jemand durch andauernder, vielfältiger und wiederholungsträchtiger Benachteiligungen in eine ausweglose und im Herkunftsland nicht abwendbare Lage gerät, ist von einer Diskriminierung auszugehen, die eine Anerkennung als Flüchtling erfordert.



Rechtshilfefonds

Das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung ruft zu Spenden auf.

Seit Februar 14 gibt es einen Spendenflyer zum Rechtshilfefonds.

Politischer Protest ist notwendig

Die Bundesregierung weist jede Verantwortung von sich und will praktisch von der Not der Menschen nichts wissen. Das zeigt sich im Besonderen daran, dass sämtliche Asylanträge von Roma aus dem Balkan, in speziellen Schnellverfahren als 'offensichtlich unbegründet' abgelehnt werden. Im Jahr 2013 haben 2514 Roma aus dem Kosovo Asyl beantragt. Nur in 0,8 Prozent der Fälle wurde ein Abschiebungsverbot festgestellt. Nach dem Willen des Koalitionsvertrages der SPD-CDU/CSU soll auch das Asylverfahren nicht mehr möglich sein, indem Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten definiert werden sollen.

Die Antwort der EU auf die Wanderung der Diskriminierten in die EU-Länder war mit der offenen Drohung gegenüber einigen Balkanländern verbunden, dass die neugewonnene Reisefreiheit (Visaliberalisierung) wieder entzogen wird, sollte der „Asylmissbrauch“ innerhalb der EU nicht gestoppt werden. Die rechtlichen Grundlagen hat die EU mittlerweile dafür geschaffen.



Wer sich gegen die Abschiebungen und Vertreibungen einsetzt, muss sich auch für die sozialen und politischen Rechte einsetzen. Roma sind die am stärksten diskriminierte Minderheit Europas. Die baden-württembergische Landesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag zum Thema Flüchtlingspolitik angekündigt:

„Humanität hat Vorrang“.

**Wir fordern diese
Humanität konkret ein:**

**Für ein humanitäres
Bleiberecht.**

Niemand flieht ohne Grund!

Abschiebungen stoppen.

Freiburger.forum@aktionbleiberecht.de
www.aktionbleiberecht.de/freiburger-forum/